

17. Wahlperiode

Große Anfrage

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie lange bleibt Berlin noch Asbesthauptstadt?

Wir fragen den Senat:

1. Weshalb hat der Senat keinen Sanierungsfahrplan, Asbestbauteile in einem definierten Zeitraum aus allen Wohngebäuden in Berlin zu entfernen? Wann wird der Sanierungsfahrplan erstellt?
2. Weshalb hat der Senat bisher keine Bestandsaufnahme aller Wohngebäude in Berlin erstellt, die Asbest-Bauteile aufweisen? Wann wird diese Bestandsaufnahme vorgelegt?
3. Weshalb hat der Senat die 10.000 asbestbelasteten Wohnungen im Bestand der GSW (Stand 2000) weder gekennzeichnet, noch die Bewohnerschaft über die Gefahren informiert, noch mit der GSW oder den neuen Eigentümern im Zuge des Verkaufes im Jahre 2004 eine Asbestsanierung vereinbart? Wann werden die GSW-Wohnungen saniert und von Asbestbauteilen befreit?
4. Weshalb hat der Senat landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften gestattet, asbestbelastete Wohnungen ohne Sanierung und ohne Informationen für die Bewohnerschaft wieder zu vermieten? Wann wird diese Praxis beendet?
5. Weshalb hat der Senat landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften gestattet, asbestbelastete Wohnungen undeklariert zu verkaufen? Wann wird diese Praxis beendet?
6. Wieso hat der Senat keine Strategie zur Asbestbeseitigung im Berliner Wohnungsbestand? Wann wird eine Strategie vorgelegt und welche Senatsverwaltungen arbeiten daran?
7. Wie hoch schätzt der Senat die Kosten für die Asbestbeseitigung im Berliner Wohnungsbestand und welche Risiken für den Landeshaushalt ergeben sich daraus?
8. Welche Senatsverwaltung ist für das Thema Asbest in Wohngebäuden verantwortlich und wie lautet die Nummer des Asbest-Bürgertelefons beim Senat von Berlin?

Begründung:

Seit 1993 ist der Baustoff Asbest in Deutschland verboten. Wo Asbestfasern austreten, besteht akute Gesundheitsgefahr. In Berlin wurde in den letzten 20 Jahren nur ein geringer Teil der betroffenen Wohnungen saniert. Der Senat hat nicht einmal für die landeseigenen Wohnungsbestände eine umfassende Information der BewohnerInnen und der Öffentlichkeit organisiert. Einen Sanierungsfahrplan gibt es nicht. Nach Schätzungen sind ca. 50.000 Wohnungen allein bei landeseigenen Gesellschaften betroffen. Die Dunkelziffer in privaten Wohnungsbeständen ist unter Umständen noch größer.

Der Senat hat mit dem GSW-Verkauf ca. 10.000 asbestbelastete Wohnungen verkauft, ohne sich um die Sanierung oder wenigstens eine Mieterinformation zu kümmern. Bei der landeseigenen DEGEWO wurden jetzt Einzelverkäufe von Wohnungen mit asbesthaltigen Fußbodenplatten bekannt. Diese Vorgänge legen offen, wie wenig Verantwortungsbewusstsein der Berliner Senat bei dem Thema hat.

Berlin, den 5. Dezember 2013

Kapek Pop Otto Gebel
und die übrigen Mitglieder der
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen